



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)**

Herr Schall

Telefon: (0221) 221-94313

Fax : (0221) 221-94342

E-Mail: armin.schall@stadt-koeln.de

Datum: 20.04.2016

**Auszug
aus dem Beschlussprotokoll der 16. Sitzung der Bezirksvertretung
Ehrenfeld vom 18.04.2016**

öffentlich

- 10.9 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1**
- 10.9.1 Änderungsantrag zu TOP 10.9, Umsetzung Stadtentwicklungskonzept
Wohnen (STEK Wohnen); hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfah-
ren
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2016
AN/0731/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt zu der o.a. Beschlussvorlage Stellung und regt an, dass der Rat diese bei seiner Entscheidung berücksichtigen möge.

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld begrüßt alle sinnvollen Möglichkeiten zur Verkürzung von Bauleitverfahren. Damit wird ein wesentlicher Beitrag geleistet, das wachsende Defizit an - insbesondere bezahlbarem - Wohnraum in Köln auszugleichen.

Dies darf aber nicht zu einer Aushöhlung der Beteiligungsrechte der politischen Gremien und der Bürger_innen führen.

2. Auf Grundlage der in Anlage 1 dargestellten tabellarischen Übersicht, Modell A (Beschlussempfehlung) schlägt die BV-Ehrenfeld folgende Änderungen vor:
Zu 1 „Zeitersparnis durch Entfall politischer Beschlüsse“
a.) Aufstellungsbeschluss und

b.) frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Bezirksvertretung verzichtet an dieser Stelle nicht auf ihre Beteiligungsrechte.

Das Zusammenlegen beider Verfahrensschritte ist sinnvoll. Es ist zu prüfen, ob an dieser Stelle die unter 2 beschriebene flexible Beratungsreihenfolge sinnvoll ist.

c.) Ergebnis frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und

d.) Vorgabenbeschluss

können wie beschreiben zusammengefasst werden.

e.) Offenlagebeschluss

Hier steht „entfällt“, in Anlage 3 heißt es dem gegenüber, es soll eine Mitteilung an SteA und Bezirksvertretung geben. Die Bezirksvertretung ist einverstanden, sofern sie per Mitteilung informiert wird.

3. Die Verwaltung möge darstellen wie künftig z. B. der Gestaltungsbeirat und ggf. Sanierungs- /Rahmenplanungsbeiräte in den Verfahrensablauf eingebunden werden sollen.

4. Insgesamt sollen durch das beschleunigte Verfahren zwischen 3 und 5 Monaten eingespart werden. B-Planverfahren dauern aber oft viele Jahre und das liegt nicht (nur) an den Beschlüssen der politischen Gremien und auch nicht an einer gelebten Beteiligungskultur, sondern spielt sich – dies ohne jede Wertung gesagt - ganz überwiegend innerhalb der Verwaltung ab.

In der Beschlussvorlage wird die Komplexität von B-Planverfahren beschrieben, es werden aber keine konkreten Maßnahmen zur Optimierung benannt.

Die Bezirksvertretung erwartet, dass die Verwaltung ihre Abläufe ebenfalls auf Möglichkeiten der Zeitersparnis hin untersucht und das Ergebnis vorstellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE zugestimmt.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, dass zur Beschleunigung von Bauleitplanverfahren künftig wie Modell A zu verfahren ist.

Ergänzung:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt zu der o.a. Beschlussvorlage Stellung und regt an, dass der Rat diese bei seiner Entscheidung berücksichtigen möge.

1. **Die Bezirksvertretung Ehrenfeld begrüßt alle sinnvollen Möglichkeiten zur Verkürzung von Bauleitverfahren. Damit wird ein wesentlicher Bei-**

trag geleistet, das wachsende Defizit an - insbesondere bezahlbarem - Wohnraum in Köln auszugleichen.

Dies darf aber nicht zu einer Aushöhlung der Beteiligungsrechte der politischen Gremien und der Bürger_innen führen.

2. Auf Grundlage der in Anlage 1 dargestellten tabellarischen Übersicht, Modell A (Beschlussempfehlung) schlägt die BV-Ehrenfeld folgende Änderungen vor:

Zu 1 „Zeitersparnis durch Entfall politischer Beschlüsse“

c.) Aufstellungsbeschluss und

d.) frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Bezirksvertretung verzichtet an dieser Stelle nicht auf ihre Beteiligungsrechte.

Das Zusammenlegen beider Verfahrensschritte ist sinnvoll. Es ist zu prüfen, ob an dieser Stelle die unter 2 beschriebene flexible Beratungsreihenfolge sinnvoll ist.

c.) Ergebnis frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und

d.) Vorgabenbeschluss

können wie beschreiben zusammengefasst werden.

e.) Offenlagebeschluss

Hier steht „entfällt“, in Anlage 3 heißt es dem gegenüber, es soll eine Mitteilung an SteA und Bezirksvertretung geben. Die Bezirksvertretung ist einverstanden, sofern sie per Mitteilung informiert wird.

3. Die Verwaltung möge darstellen wie künftig z. B. der Gestaltungsbeirat und ggf. Sanierungs- /Rahmenplanungsbeiräte in den Verfahrensablauf eingebunden werden sollen.
4. Insgesamt sollen durch das beschleunigte Verfahren zwischen 3 und 5 Monaten eingespart werden. B-Planverfahren dauern aber oft viele Jahre und das liegt nicht (nur) an den Beschlüssen der politischen Gremien und auch nicht an einer gelebten Beteiligungskultur, sondern spielt sich – dies ohne jede Wertung gesagt - ganz überwiegend innerhalb der Verwaltung ab.

In der Beschlussvorlage wird die Komplexität von B-Planverfahren beschrieben, es werden aber keine konkreten Maßnahmen zur Optimierung benannt.

Die Bezirksvertretung erwartet, dass die Verwaltung ihre Abläufe ebenfalls auf Möglichkeiten der Zeitersparnis hin untersucht und das Ergebnis vorstellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zugestimmt.